



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/189 - 18.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Neuer Auftrieb für die Abrüstungsdebatte	S. 1
Revolte der "Geschöpfe des Kalten Krieges"	S. 3
Kurt Schumachers Todestag am 20. August	S. 5
Einigung auf Kosten Deutschlands	S. 6

Punkt 3 - Abrüstung - rückt nach vorn

sp - Wie man es erwartet hatte, rückt der Punkt drei der Genfer Tagesordnung, die Abrüstungsfrage, immer stärker in den Vordergrund der internationalen Anstrengungen, das Spannungsklima zu praktischen Ergebnissen zu verdichten. Von der am 29. August in New York beginnenden Tagung des Abrüstungsunterausschusses der UNO, indem die drei Großmächte des Westens, die Sowjetunion und Kanada vertreten sind, erwartet man vor allem Fortschritte im Hinblick auf die Schaffung eines wirksamen internationalen Kontrollsystems. Dies ist in der Tat der zentrale Punkt des ganzen vielschichtigen Problems. Denn man ist natürlich noch lange nicht soweit, dass der erklärte gute Wille irgendjener Seite, auch wenn er durch eine Reihe von friedlichen und freundlichen Gesten bestätigt zu sein scheint, so ohne weiteres als bare Münze genommen wird.

Deshalb ist es auch als ein Fortschritt in der Sache anzusehen, dass die letzten Abrüstungsvorschläge sich in erster Linie mit dieser Notwendigkeit einer wirksamen internationalen Kontrolle befassen. Frühere Bemühungen gingen diesen heiklen Punkt meist aus dem Wege und begnügten sich mit der Aufstellung von propagandistisch möglichst eindrucksvollen, aber praktisch ziemlich bedeutungslosen Programmen.

Der markanteste Vorstoß in der neuen Richtung, die eigentliche Schwierigkeit anzupacken, war der, des Präsidenten Eisenhower in Genf, der besagte: "Beide Mächte sollten sich erstens gegenseitig vollständige Pläne ihrer militärischen Einrichtungen von einem Ende unserer Länder zum anderen ausliefern und, zweitens, beide sollten sich gegenseitig die Möglichkeit zugestehen, nach Belieben Luftaufnahmen über dem Territorium des anderen Landes zu machen und sie zu Hause auszuwerten."

Dieser Vorstoß schien zunächst einigermassen phantastisch. In den letzten Tagen haben nun der Abrüstungsbeauftragte der amerikanischen Regierung, Staessen, und Außenminister Dulles Erläuterungen

gegeben, die dem ganzen Vorhaben ein etwas realeres Aussehen verleihen, als es die erste sensationelle, aber auch sehr vage Ankündigung Eisenhowers besass. Immerhin bleibt ein erheblicher Rest an Zweifeln in die Durchführbarkeit bestehen. Weitere Einzelheiten sollen bei den erwähnten Abrüstungsverhandlungen Ende August zur Sprache gebracht werden. Die amerikanische Regierung will sich also keinesfalls die Initiative, die sie sich in dieser Frage in Genf gesichert hat, wieder aus der Hand nehmen lassen. Für den Fortgang dieses schicksalhaften Gesprächs wird entscheidend viel von der sowjetischen Reaktion abhängen, die bisher einigermaßen widerspruchsvoll war.

Fügt man zusammen, was bisher an Meldungen darüber vorliegt, so ergibt sich folgendes Bild: Grundlage soll der Eisenhower Vorschlag sein. Er sieht den Austausch der Pläne für Verteidigungsanlagen, außerdem ihre beiderseitige, unbehinderte und durch photographische Aufnahmen festgehaltene Beobachtung vor, weiterhin den Einsatz von Beobachtergruppen mit Zugang zu den Atomkraftwerken und allen einschlägigen industriellen Einrichtungen, wobei diese Gruppen sich im ganzen Lande frei bewegen sollen. Die Amerikaner seien bereit, gewisse Beschränkungen der Tätigkeit dieser Beobachter im Anfangsstadium der Verwirklichung des Planes zuzugestehen, wenn die Sowjets dies verlangen sollten. Als Hauptzweck wurde angegeben, dass man sich gegen einen Überfall sichern wolle: Wenn sich der Überraschungsfaktor ausschalten liesse, so hiesse es, sei schon sehr viel gewonnen, denn es sei höchst unwahrscheinlich, dass ein sorgfältig und vielleicht von langer Hand vorbereiteter Kriegsbeginn unter den heutigen Verhältnissen unbemerkt bleiben könne.

Auch diese Angaben mögen noch recht unvollständig wirken, Aber die meisten Fachleute halten sie für eine brauchbare Grundlage kommenden Verhandlungen mit weitergesteckten Zielen. So auch der erste französische Experte für Abrüstungs- und Fragen eines möglichen Atomkrieges, Jules Woch, der sich gleichzeitig wieder einmal recht abfällig über den strategischen Wert traditioneller Divisionen unter den heutigen Gegebenheiten äußerte.

Solche Erkenntnisse scheinen sich übrigens immer mehr auszubreiten, bis hinauf zu Shaps, dem Hauptquartier von NATO. Das lange Zeit von dort ausgehende Drängen auf eine möglichst schnelle Aufrüstung der Bundesrepublik soll z.B. aufgehört haben. Man vermutet dahinter einen Will der obersten politischen Führungsstellen des Westens, insbesondere der USA, die sich durch die forcierte Fortführung einer auch für sie militärisch ziemlich bedeutungslosen Aufrüstung in der Bundesrepublik das Hoch auf der weltpolitischen Wetterkarte nicht verderben lassen wollen. Dieses Hoch aber wird vor allem durch die Abrüstungsgespräche bestimmt, die sich zur Zeit einigermaßen hoffnungsvoll darstellen.

*

*

*

Die lästigen Kutznießer

Unzeitgemäße Krisen in Fernost

Dr. R. Auch der Kalte Krieg braucht Soldaten. Das ist in Europa nicht anders als in Asien. Nur, dass dort die Zusammenhänge plastischer hervortreten als auf unserem Kontinent. Die Hilfstruppen, die von jedem der beiden Machtblöcke im Fernen Osten unterhalten wurden, müssen natürlich das Auftauen der Vereisung zwischen den Großen als Gefährdung ihrer eigenen Existenz empfinden. Sie würden sozusagen uninteressant und fast arbeitslos, wenn es wirklich zu jener befriedigenden Beilegung der Ursachen der weltpolitischen Spannungen käme, für die das eine oder andere Anzeichen wirklich vorhanden ist.

Als sich die Meldungen verdichteten, dass die USA und Rotchina in Genf zusammenkommen wollten, protestierten die Nationalchinesen auf Formosa. Und der amerikanische Geschäftsträger, der in Taipeh die Wut des Tschiang Kai-schek - Regimes aus erster Hand zu spüren bekam, war nach seinen eigenen Worten "überrascht über die Heftigkeit der emotionellen Gärung und über die Ausmaße der Kritik an einem Verbündeten." Das war, wenn auch diplomatisch, so doch sehr deutlich. Dabei hat der amerikanische Außenminister kaum einen Tag vorübergehen lassen, um zu versichern, dass die USA jede Rücksicht auf ihren nationalchinesischen Verbündeten nehmen würden.

Später ging der alte Mann von Seoul zu offenen Drohungen über. Nicht nur, dass er Gebiet beanspruchte, welches ihm durch den Waffenstillstand entzogen ist. Von sich aus wollte er - oder seine Generalstabschefs, was auf dasselbe herauskommt - den Waffenstillstand aufheben und forderte für alles, was danach käme, amerikanische Unterstützung. Von dieser provokatorischen Haltung hat er dann erst auf amerikanischen Druck hin abgelenkt. Seine Einstellung gegenüber der Waffenstillstandskommission ist unverändert drohend.

In Südvietnam wählte die Regierung Dien in Saigon ein ähnliches taktisches Verfahren, um sich den Verpflichtungen des Genfer Waffenstillstandes von 1954 zu entziehen. Auch dort steht die Waffenstillstands-

Kommission unter dem Druck der Straße. Aber während der Waffenstillstandsvertrag Wahlen in Vietnam für 1956 vorschreibt, lehnt Diem die Aufnahme von Besprechungen zu ihrer Vorbereitung brüsk ab. Dabei kann ihn eigentlich niemand zwingen, sich den Bedingungen von Genf zu fügen, denn seine Regierung hat dort nicht unterschrieben. Einseitig gebunden ist also nur der kommunistische Norden; außerdem gibt es die drei Garantiemächte England, Indien und Sowjetunion, die es sich angelegen sein lassen müssen, für eine Einhaltung der Genfer Bedingungen zu sorgen. Was man sich dachte, als der Waffenstillstand ohne Bindung des Hauptbeteiligten Südvietnam abgeschlossen wurde, erscheint rätselhaft. Denn die Saigoner Weigerung macht das ganze Vertragswerk zur Farce und gibt so auch der Vietminh-Regierung die Möglichkeit, sich nicht mehr an den Vertrag gebunden zu fühlen. Was Diem zur Begründung seiner Haltung anführt, steht nicht auf sicheren Beinen: Dass Vietminh kein demokratisches Land ist, wußte man auch schon vor dem Waffenstillstand. Ebensowenig aber ist Südvietnam mit demokratischem Öl gesalbt, und die Kämpfe zwischen den südvietnamesischen Machtgruppen machen sehr deutlich, dass auch dort die brutale Gewalt immer noch den Ausschlag gibt.

Die Wut der Nationalchinesen angesichts der Möglichkeit, die USA könnten einmal mit Rotchina in ein erträgliches Verhältnis kommen, der bewußte Versuch Rhee, die Reinigung der Weltatmosphäre durch ein künstlich erzeugtes Gewitter über Korea zu stören, der Einfall Diems, sich Vereinigungswahlen auf durchsichtige Weise zu entziehen, um nicht offenbar werden zu lassen, dass die Vietnamesen nicht hinter ihm stehen, sind drei verschiedene Ereignisse aus einer gemeinsamen Wurzel. Alle drei Regime lebten vom Kalten Krieg, waren seine Subsidienempfänger und sehen sich nun, da die gegenseitigen Beklemmungen vor einem atomaren Krieg die Blöcke geneigt machen, sich einander mit friedlicheren Methoden zu nähern, gleichermassen bedroht. Wenn wieder einmal über Asien die Sonne scheinen sollte, wären sie nicht interessanter als andere asiatische Länder ihrer Größenordnung.

Vor drei Jahren starb Kurt Schumacher

Eine zeitgemäße Erinnerung

r. Vielleicht liegt ein verborgener Sinn darin, dass gerade diese Tage Anlass geben, sich der Gestalt Kurt Schumachers zu erinnern, der am 20. August vor drei Jahren starb. Denn auch heute wieder bewegt sich in besonderem Maße das politische Denken der Menschen in Deutschland, zu einem guten Teil auch in anderen Ländern des Westens, um zwei Fragen, denen Schumachers leidenschaftliche Aufmerksamkeit galt: Um die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands und um den Schutz vor dem System des totalitären Kommunismus.

Gewiss - sein staatsmännischer Blick umfasste das ganze deutsche Nachkriegsschicksal. Aber mit seiner einzigartigen analytischen Begabung löste er sehr früh aus einer fast unentwirrbaren Verflechtung schwierigster Zusammenhänge die Kernfragen heraus, an denen alles andere hing: Was nützt, was schadet der deutschen Einheit? Was hemmt und was fördert die Ausdehnung der kommunistischen Gewaltherrschaft auf Deutschland? Das waren vom ersten Augenblick der Wiederaufnahme seiner politischen Arbeit die Fragen, die er sich und anderen immer wieder stellte und auf die er sehr bestimmt und ohne Ausweichen antwortete, wie es seiner Art entsprach.

Auch seine ärgsten politischen Gegner haben niemals bezweifelt, dass das Verdienst am Scheitern des kommunistischen Zugriffs auch auf Westdeutschland vor jeden anderen ihm gebührt. Heute scheint fast schon Historie, was noch vor 10 Jahren im Chaos der Nachkriegerschütterung unmittelbare, furchtbare Drohung war. Schumacher und seine Freunde haben verhindert, dass auf dem Umwege über die Verschmelzung der SPD mit der KP, hinter der die mächtige sowjetische Besatzungsmacht stand, und unter der trügerischen Parole von der Einheit der Arbeiterklasse, die damals verwirklicht werden sollte, die bolschewistische Infiltration auf Westdeutschland übergriff. Von daher rührt die Hoffnungslosigkeit der kommunistischen Situation in Westdeutschland bis auf den heutigen Tag. Dies war der große Sieg Schumachers. Er selbst wurde zur überzeugendsten Verkörperung des freiheitlichen demokratischen Sozialismus.

Diese seine Haltung blieb nach seinem Tode fester Bestandteil aller sozialdemokratischen Politik. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Jede Behauptung oder Andeutung, die das bezweifelt, ist eine durch nichts begründete Verdächtigung. Sie wird gegen die Sozialdemokratie besonders gern dann geäußert, wenn in der anderen großen Frage, die Schumachers Denken unentwegt in Anspruch nahm, der Wiedervereinigung Deutschlands, die SPD andere Wege vorschlägt, als sie von der Regierung für richtig gehalten werden.

Schumacher ist immer davon ausgegangen, dass die staatliche Einheit Deutschlands nur mit Zustimmung aller Siegermächte des zweiten Weltkrieges erreicht werden kann. Er verabscheute und bekämpfte die kommunistische Diktatur. Aber lange bevor der Begriff der Koexistenz aufkam, war er von der Notwendigkeit überzeugt, sich auf ein Nebeneinanderleben mit dem großen Gegenspieler des Westens, der Sowjetunion, einzurichten. Doch übertrug er diesen Grundsatz nicht auf die politischen Vasallen Moskaus in Pankow. In einer seiner großen Rede vor dem Bundestag sagte er: "Man kann nicht mit den Feindern verhandeln und die Gepeinigten ignorieren. Die Opfer der Freiheit, die Eingekerkerten, die Verschleppten, die gesamten Bewohner der Sowjetzone - sie alle haben Anspruch auf unsere menschliche und nationale Solidarität."

An diese Worte Kurt Schumachers wird man gerade in diesen Tagen, in denen man sich seiner besonders lebhaft erinnert, denken müssen, weil eben jetzt wieder einmal besonders eifrig versucht wird, die oberste Spitze des Sowjetregimes hoffähig zu machen.

* * *

"Voreiliger Optimismus"

Aus der großen Zahl der zustimmenden Äußerungen zu der sozialdemokratischen Beurteilung der internationalen Situation nach der Genfer Konferenz geben wir die Stellungnahme eines Nürnberger Rechtsanwaltes wieder, in der es u.a. heißt:

"Haben Sie meinen herzlichsten Dank für Übersendung des Aufrufs und umstehender Stellungnahme zu Genf, die sich beide völlig mit meinen Auffassungen decken, was ich umstehend in den markantesten Punkten unterstrichen habe! Meine Zustimmungserklärung zur Einbeziehung meiner Unterschrift anbei. Eine ziemlich Verspätung trat infolge Erkrankung

ein, was ich zu entschuldigen bitte.
Gestatten Sie noch einige Bemerkungen zur Lage!

Der neue Außenminister Heinrich von Brentano erklärte Mitte Juli im Rundfunk, selten sei eine These so schnell durch die Entwicklung widerlegt worden wie die der SPD, dass Rußland nach Ratifizierung der Pariser Verträge nicht mehr über die Wiedervereinigung verhandeln werde. Beweis sei die Einladung Adenauers nach Moskau und die Genfer Konferenz.

Ich meine: Selten ist der voreilige Optimismus eines Außenministers so schnell widerlegt worden wie der des Herrn von Brentano. Er hat zwar die Stimme seines Herrn sehr gut nachgehakt, aber die Stimmen aus Moskau und Genf lauten leider alle ganz anders: Das Wiedervereinigungsproblem ist gegenüber dem Sicherheitsproblem völlig in den Hintergrund getreten. Moskau bedient sich mit wachsendem Erfolg des Arguments, welches ihm durch die Westmächte unfreiwillig mit der Erklärung der "Souveränität" der Bundesrepublik zugespielt wurde, dass nämlich die Wiedervereinigung durch die beiden selbständigen deutschen Teilstaaten in erster Linie selbst erörtert werden müsse, und dass "natürlich" - was wirklich nicht von der Hand zu weisen ist! - die Wiedervereinigung jetzt, nach Eingliederung beider Deutschland in östliche und westliche Militärblocks, nur schrittweise und im Rahmen eben eines Sicherheitssystems erfolgen könne. Im Westen mehren sich bereits die Stimmen, die das ganze deutsche Problem im Rahmen der eingeleiteten Entspannung als weniger wichtig und die Deutschen selbst mit ihrem Wiedervereinigungsstreben nicht als notwendigen Verbündeten, sondern eher als einen höchst lästigen Faktor hinstellen möchten, der einer Verständigung zwischen Ost und West im Wege steht.

Die Letzte Entwicklung und die maßgebenden Äußerungen gerade aus Moskau zeigen also klar, was die SPD und andere einsichtsvolle Leute seit Jahr und Tag behauptet haben: Dass die Politik der "Stärke" und die Pariser Verträge die deutsche Teilung "zementieren" werden.

Ich fürchte sehr, dass Deutschland infolge der Ablehnung Adenauers, vor Genf nach Moskau zu reisen oder während der Genfer Konferenz mit Bulgarin zu sprechen, den Omnibus bereits verpasst hat; mindestens ist eine einmalige Chance vorbeigegangen, wobei allerdings noch dahingestellt sei, ob Adenauer überhaupt ein geeigneter Verhandlungspartner für Moskau ist. Jedenfalls ist er auf dem besten Weg, durch Moskau in eine verzeifelte Lage hineinmanöveriert zu werden, wo ihm nur noch die Wahl bleibt, entweder mit Fankow zu verhandeln oder vor aller Welt als Haupthindernis der Ost-Westverständigung dazustehen.

Es handelt sich jetzt für uns um die Frage, wer mit Moskau schneller zu einer "vernünftigen" Deutschlandlösung kommt: Bonn, die Westalliierten oder Frankreich. Wenn wir die Letzten sind und außerdem keinerlei für Moskau tragbare Vorschläge über den Deutschlandstatus nach freier gesamtdeutschen Wahlen zu machen haben, werden wir mit Sicherheit erleben, dass die anderen sich über unsere Köpfe weg auf unsere Kosten und vermutlich auf der Basis des ungefähren Status quo einigen werden.

Verantwortlich: Peter Raunau